



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Finanzausschuss
- L 213 -

Kiel, 7. Juli 2014
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1145
(0431) 988 1148
Fax (0431) 5300 4 1180
Finanzausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

*über die 67. Sitzung des **Finanzausschusses***

*am Donnerstag, dem 3. Juli 2014,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 9:05 Uhr

Einstimmig willigte der Ausschuss in die Freigabe der Haushaltsmittel für die **Demokratie- und Partizipationsoffensive zur politischen Jugendbildung**, [Umdruck 18/2991](#), und die **Einrichtung neuer Stellen bei der Universität Kiel**, [Umdruck 18/3034](#), ein.

Zum Thema **Gerechtigkeit schaffen - Alleinerziehende steuerlich entlasten**, Anträge [Drucksachen 18/1965](#) und 18/2037, streben die Fraktionen einen interfraktionellen Antrag an.

Zum Antrag von CDU und FDP **Ausweitung des Regelungsbereichs der Erschwerniszulagenverordnung auf Berufsfeuerwehrbeamtinnen und -beamte**, [Drucksache 18/1940](#) (neu), will der Ausschuss schriftliche Stellungnahmen einholen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN empfahl der Finanzausschuss dem Landtag, den **Nachtragshaushalt 2014**, [Drucksache 18/2024](#), anzunehmen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfahl er, den CDU-Antrag **Keine Änderung des Konjunkturbereinigungsverfahrens bei der Festlegung des Trendsteuerpfades**, [Drucksache 18/1713](#), abzulehnen und den Koalitionsantrag **Geeignete Methodik zur Ermittlung des Trendsteuerpfades einführen**, [Drucksache 18/1762](#) Nummer 2, anzunehmen.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand die Beratung über den **Entwurf eines Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/1760](#). Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN empfahl der Finanzausschuss dem federführenden Bildungsausschuss, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs [Drucksache 18/1760](#) mit den Änderungen in [Umdruck 18/3108](#) anzunehmen.

Schließlich nahm der Ausschuss eine Reihe von Umdrucken zur Kenntnis und forderte die Staatskanzlei auf, zeitnah einen aktuellen Sachstandsbericht zum Projekt KoPers vorzulegen.

Die 11. Sitzung der Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung musste aus Zeitgründen entfallen und wird nach der Sommerpause stattfinden.

Schluss: 12:40 Uhr

gez. Ole Schmidt